

Kontakt:

**Klaus Curth**

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: klaus.curth@arcor.de

www.dielinke-brandenburg.de

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

## **8. Informationsblatt der KPF Brandenburg**

Dezember 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 8. Informationsblatt informieren wir Euch über die wesentlichen Inhalte der Bundeskonferenz der KPF vom 19. November 2011 und unserer Landeswahlkonferenz der KPF Brandenburg vom 03. Dezember 2011.

Wir bitten Euch, uns nach Erhalt des Info-Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme mitzuteilen. Eure Meinungen, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit von großer Wichtigkeit!

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform  
in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

## **Bericht über die Bundeskonferenz der KPF vom 19.11.2011:**

Am 19. November 2011 fand in Berlin die 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE statt, an der auch Delegierte und Gäste der KPF Falkensee/Havelland teilnahmen.

Im Bericht des Bundessprecherrates der KPF hob Genosse Jürgen Herold u.a. hervor:

„Linke (kämpfen) um jeden Schritt der Kontrolle des Finanzkapitals und der Supermonopole. Jede Kontrolle nämlich behindert den alles bestimmenden Daseinszweck der kapitalistischen Ordnung: Aus Kapital mehr Kapital zu machen – egal, was es die Menschheit kostet. Dagegen gehen mittlerweile weltweit Menschen in der Occupy-Bewegung auf die Straße. Was da läuft, könnte ein Anfang einer machtvollen, dem Wesen nach antikapitalistischen Bewegung sein. Womöglich ist deren momentane Stärke die Strukturlosigkeit, weil gerade sie es jedermann ermöglicht, dabei zu sein. Die Dialektik aber, so meinen wir, ist, dass es bei dieser Strukturlosigkeit nicht bleiben kann. In dieser Situation müssen Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten Geduld haben und genau hinsehen und analysieren – was eines voraussetzt: Dass wir dabei sind. Es wird für die Bewegung existentiell sein, inhaltliche Antworten eher zu finden, als die Geduld der Leute erlahmt. Dazu müssen wir unseren Teil beitragen, ohne uns zu überheben. Unsere Möglichkeiten liegen in unserer marxistischen Orientierung. In all unserem Denken und Tun knüpfen wir an die sozialen Erfahrungen der Menschen an....

Diese zunehmend ins Chaos trudelnde gesellschaftliche Ordnung muss überwunden werden, wenn die Zivilisation gerettet werden soll.

Es ist daher wichtig, dass das im Oktober 2011 auf dem Erfurter Parteitag beschlossene Parteiprogramm, dem nunmehr die Urabstimmung folgt, antikapitalistisch geprägt ist und die friedenspolitischen Prinzipien in ihm bewahrt wurden.“

Roter Faden der nachfolgenden Diskussion, an der sich 20 Konferenzteilnehmer beteiligten, waren Schlussfolgerungen aus dem neuen Parteiprogramm für unser Wirken in den Basisorganisationen und in der Öffentlichkeit. Scharf verurteilt wurden die jetzt enthüllten Verbrechen der Neofaschisten.

Reinhard Loeff von der KPF Brandenburg berichtete, wie sich unter dem Motto „Cottbus bekennt Farbe“ ein breites Bürgerbündnis neofaschistischen Aktivitäten widersetzt. Vor allem die Erinnerung an die Bombardierung der Stadt mit ihren kriegswichtigen Bahnanlagen am 15. Februar 1945 wird von der NPD und ihren Sympathisanten zu nationalistischen Aufmärschen missbraucht. Antifaschisten hatten sich nicht nur damit, sondern zugleich mit massiven Drohungen gegen sie durch die Staatsanwaltschaft Cottbus auseinander zu setzen. Das antifaschistische Bündnis hat bereits über Aktionen im kommenden Jahr beraten. Dabei war zu erfahren, dass sich Polizei und Staatsanwaltschaft als Folge vieler Proteste eher auf die Nazis konzentrieren wollen.

### **Im Ergebnis der Diskussion fasste die 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform folgenden Beschluss:**

1. Die Kommunistische Plattform wird aktiv dazu beitragen, dass die Urabstimmung über das in Erfurt angenommene Parteiprogramm zu einem Erfolg wird. Wir sind für eine breitestmögliche Teilnahme an der Urabstimmung und für die Zustimmung zum Programm. Es ist trotz einer Reihe von Kompromissen antikapitalistisch geprägt und die friedenspolitischen Prinzipien sind in ihm bewahrt.

2. In ihrem täglichen Handeln lassen sich die Genossinnen und Genossen der KPF von der Überzeugung leiten, dass DIE LINKE mit ihrer programmatischen Orientierung gerade angesichts der sich vertiefenden und zugleich erweiternden Krise, der Kriege und all der anderen elementaren Krisenmomente der Profitgesellschaft mehr denn je gebraucht wird. Arbeiten müssen auch wir besonders daran, dass diese objektive Notwendigkeit, mehr als gegenwärtig, politische Praxis der Partei im Alltag wird. Mit parlamentarischen Möglichkeiten ausgestattet muss unsere Partei vor allem Teil der sich entwickelnden Bewegungen werden, die weltweit für die Interessen der 99% kämpfen.

3. Wir tun alles dafür, die Parteitagsresolution »Occupy – Profiteure der Krise zur Kasse!« mit Leben zu erfüllen. In dieser Situation müssen gerade Kommunistinnen und Kommunisten Geduld haben, die Entwicklung der Bewegung und die gesellschaftliche Lage analysieren sowie Teil der Bewegung sein. In all unserem Denken und Tun knüpfen wir an die sozialen Erfahrungen und den Interessen der Menschen an, kümmern uns im Alltag um gemeinsame Probleme und Sorgen, regen Widerstand an und vergessen dabei nie, dass diese zunehmend ins Chaos trudelnde kapitalistische

Ordnung überwunden werden muss, wenn die Zivilisation gerettet werden und die soziale Lage aller Menschen sich verbessern soll. Dabei wollen wir gezielter als in der Vergangenheit den Internationalismus in Wort und Tat mit befördern.

4. Die am 15. Januar 2012 stattfindende Luxemburg-Liebknecht-Ehrung als größte linke Manifestation im Land gewinnt als Teil der außerparlamentarischen Bewegung zunehmend an Bedeutung und muss in diesem Jahr mit besonderem politischen Fingerspitzengefühl vorbereitet und durchgeführt werden. Wir wollen eine kämpferische und friedliche Luxemburg-Liebknecht-Demonstration, in der das historische Verdienst dieser kämpferischen Persönlichkeiten besonders hervorgehoben wird und Agents Provocateurs keine Chancen haben. Dass wir es nach zehn Jahren erstmalig wieder mit einem CDU-Innensenator zu tun haben werden, erhöht unsere politische Verantwortung. Wir haben nicht vergessen, welchen Angriffen die Luxemburg-Liebknecht-Demonstrationen unter den CDU-Senatoren Schönbohm und Werthebach ausgesetzt waren. Wir unterstützen den Aufruf zur Demonstration und richten unsere Anstrengungen darauf, viele Teilnehmer für die Demonstration zu mobilisieren, weil dies gesellschaftlich notwendig und zugleich der beste Schutz gegen Übergriffe und Provokationen ist.

5. Unsere Mitwirkung an antifaschistischen Aktivitäten ist zu gewährleisten, besonders am 18. Februar 2012 zur Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden. Die Genossinnen und Genossen der KPF sollten im Rahmen ihrer Landesverbände und gemäß ihrer individuellen Möglichkeiten an den Antifa-Aktionen in der sächsischen Landeshauptstadt teilnehmen. Wir verstärken unsere antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten vor Ort, insbesondere durch die aktive Mitarbeit in Bündnissen, Flüchtlingsräten und weiteren antirassistischen Initiativen sowie in der VVN- BdA.

6. Wir intensivieren unsere Mitwirkung in der Friedensbewegung. Mit immer größerer Sorge verfolgen und verurteilen wir das imperialistische Kessel-treiben im Nahen Osten. Mit aller Deutlichkeit erweist sich die Politik imperialistischer Interessengruppen und Staaten als Quelle von Kriegsgefahr und Aggression. Wir warnen eindringlich vor deren zynischer »Menschenrechts«-Demagogie. Wir engagieren uns aktuell besonders gegen die den Iran betreffenden Kriegsvorbereitungen und wenden uns gegen jegliche Militärintervention in Syrien. Hier ist höchste Wachsamkeit geboten. In der LINKEN gehören wir verlässlich zu all denjenigen, die mit höchster Sensibilität um die Einhaltung sowie Verwirklichung der friedenspolitischen Prinzipien der Partei kämpfen – frei von Illusionen, diese Frage sei mit der Programmannahme ein für alle Mal entschieden. Wir bleiben bei unserem Nein zu einem Prüfungsvorbehalt über den Weg der so genannten Einzelfallprüfung.

7. Der bevorstehende Castortransport wird erneut zu einem Prüfstein für die Atomlobby. Die erhöhten Strahlenwerte am Zwischenlager Gorleben werden ignoriert und manipuliert. Noch immer ist die Endlagerfrage ungeklärt und jeder bereits angelieferte Behälter muss ggf. auch wieder abtransportiert werden. Auch die Kommunistische Plattform wird sich nach ihren Kräften an den verschiedenen Widerstandsaktionen an der Strecke und im Wendland beteiligen und ist solidarisch mit den AktivistInnen, die sich trotz eisiger Kälte nächtelang an den Gleisen aufhalten. Wir rufen auf zur Teilnahme an der Großkundgebung am 26. November in Dannenberg. Wir fordern eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne und bessere Förderung alternativer und nachhaltiger Energiegewinnung.

8. Selbstverständlich werden auch wir unsere Genossinnen und Genossen in Schleswig-Holstein im Wahlkampf unterstützen – gerade weil ihre momentane Ausgangslage zu verbessern ist. Die in Erfurt gesetzten programmatischen Maßstäbe im Alltag zu praktizieren, setzt unsere aktive Parteiarbeit in der LINKEN als Genossinnen und Genossen der KPF voraus. Wir haben Bundesparteitage, Landesparteitage, Haupt- und Basisversammlungen, Podiumsgespräche u.a., wir können Leserbriefe schreiben, die Mitteilungen verbreiten etc. Wir genießen in dem, was wir sagen, dort Vertrauen, wo die Genossinnen und Genossen der Parteibasis uns als verlässliche Mitstreiter erleben, weil wir kämpferisch mitten im Leben stehen, mit unseren Argumenten an die sozialen Erfahrungen der Menschen anknüpfen und stets solidarisch und zur Kleinarbeit bereit sind, darauf gerichtet, die Lebensumstände aller Menschen zu verbessern bzw. Erreichtes zu verteidigen. An diesem täglichen Kampf führt kein Weg vorbei. Die Bereitschaft, sich der Wahl um Delegiertenmandate für die Kreis- bzw. Bezirks-, Landes- und Bundesparteitage zu stellen, ist durch keine noch so qualifizierte Kritik an so mancher Zusammensetzung von Parteitag wett zu machen.

9. In gut sechs Monaten findet in Göttingen der nächste Parteitag statt, auf dem der Vorstand neu gewählt wird. Wir werden uns an den sich schon jetzt breit machenden Spekulationen zu Personalfragen nicht beteiligen. Die Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform unterstützt die Erklärung der Berliner KPF-Aktivberatung vom 26. Oktober: »Schluss mit der Personaldebatte!« Der Parteitag sollte sich vorrangig den gesellschaftspolitischen Aufgaben der LINKEN stellen.

10. Eine um inhaltliche Qualität kämpfende, organisatorisch sich festigende und auch wachsende Kommunistische Plattform ist gut für DIE LINKE. Wir sind 1.250 in der LINKEN organisierte Genossinnen und Genossen. Dazu kommen viele Parteilose, die in der KPF aktiv sind. Doch unser Altersdurchschnitt ist naturgemäß nicht anders, als der der Gesamtpartei. Auch für uns gilt, dass wir neue Genossinnen und Genossen, vor allem aus den

Reihen der Partei, für die Plattform interessieren müssen und so auch gewinnen können. Wir sollten diesbezüglich wieder gezielter arbeiten. Dabei gelten die 2006 im Bundeskoordinierungsrat beschlossenen Formalia, die sich nicht nur bei uns bewährt haben, sondern von den meisten Zusammenschlüssen seinerzeit so übernommen wurden.

11. Wir kämpfen dafür, dass die Möglichkeiten der Zusammenschlüsse – und somit auch unsere – nicht eingeschränkt werden. Auf dem Erfurter Parteitag wurden auch Satzungsfragen behandelt, aus Zeitgründen nicht bis zu Ende. So blieben auch zwei Anträge aus dem Kreisverband Vogtland-Plauen unbehandelt, in welchen gefordert wird, den Zusammenschlüssen der Partei ihre Delegiertenmandate überhaupt zu nehmen, bzw. ihnen nur noch Delegierte mit beratender Stimme zuzubilligen. Der Bundessprecherrat hat sich bereits mit – die Mandatsfrage betreffenden – Überlegungen an die Zusammenschlüsse gewandt und setzt damit die positiven Erfahrungen des Erfurter Parteitags fort.

12. Wir intensivieren die Aufklärungsarbeit mit den *Mitteilungen* und gewährleisten deren Finanzierung durch die systematischere Organisierung eines erhöhten Spendenaufkommens. Wir streben für das Jahr 2012 ein Spendenaufkommen von 20.000 Euro an. Dazu sind die Rahmenbedingungen Grundvoraussetzung, die auf der KPF-Bundeskonferenz vom 19.11.2011 dargelegt wurden und in den Dezembermitteilungen veröffentlicht werden. Besonders ist zu gewährleisten:

- Die Org-Gruppe *Mitteilungen* sichert die Übersicht der Landessprecherräte über die aktuelle Spendensituation zu den Sitzungen des Bundeskoordinierungsrates, steht als Konsultant zur Verfügung, informiert den Bundessprecherrat über die Aktivitäten der Länder zur Erhöhung des Spendenaufkommens und unterbreitet Vorschläge für die diesbezügliche Arbeit der KPF.
- Die Landessprecherräte befassen sich regelmäßig mit der Spendensituation in ihren jeweiligen Ländern, beschließen und realisieren notwendige Maßnahmen zur Erhöhung des Spendenaufkommens und teilen in der Sitzung des Bundeskoordinierungsrates im Januar 2012 mit, welche Spendensumme in den jeweiligen Ländern angestrebt wird.
- Der Bundeskoordinierungsrat befasst sich jeweils einmal im ersten bzw. zweiten Halbjahr 2012 mit dem Spendenstand für die *Mitteilungen* und mit den Aktivitäten der Landessprecherräte, um die selbstbi-lanzierten Zielstellungen hinsichtlich des Spendenaufkommens zu erreichen.

## **Information über die Landeswahlkonferenz der KPF des Landes Brandenburg am 03.12.2011:**

Am 03. Dezember 2011 wählten die Kommunistinnen und Kommunisten aus Brandenburg auf ihrer Landeskonferenz die Delegierten für den im Februar 2012 stattfindenden Landesparteitag der Partei DIE LINKE und ihren neuen Landeskoordinierungsrat in einer Stärke von 9 Genossen.

Sowohl im Bericht des Landeskoordinierungsrates über die Arbeit in den zurückliegenden 2 Jahren als auch in der nachfolgenden Diskussion, in der 15 Genossinnen und Genossen das Wort ergriffen, nahmen der erfolgreiche Verlauf des Erfurter Parteitags und die ersten notwendigen Schritte zur Umsetzung des von den Parteitagsdelegierten angenommenen Programms zentrale Positionen ein.

Zur Unterstützung der auf der Berliner Aktivberatung der KPF abgegebenen Erklärung „Wir fordern: Schluß mit der Personaldebatte“ verabschiedete die Landeskonferenz einstimmig einen Beschluß gegen das Vorziehen des Parteitags zur Wahl des Parteivorstands und gegen eine Mitglieder – Urwahl.

Die Landeskonferenz übergibt den Beschluß dem Brandenburger Landesvorstand und schlägt ihm darin vor, sich dieser Ablehnung anzuschließen und die anderen Landesvorstände und den Bundesvorstand davon in Kenntnis zu setzen.

Wir werden Euch nachfolgend sowohl über die Hauptinhalte des Berichts des Landekoordinierungsrates, der einstimmig von der Konferenz bestätigt wurde, als auch über die Grundlinien der Diskussion informieren.

Den o.g. Beschluß der Landeswahlkonferenz geben wir Euch im vollen Wortlaut zur Kenntnis.

Die Diskussion war bestimmt durch die grundsätzlich positive Bewertung des Erfurter Parteitags und die Befürwortung der antikapitalistischen, antifaschistischen und friedenspolitischen Grundlinien des neuen Parteiprogramms.

Die Diskussionsbeiträge der Gäste unserer Konferenz, Gen. Rolf Berthold, Vorsitzender des Rot Fuchs- Vereins und Werner Schleese von der KPD Brandenburg, konzentrierten sich auf das Thema der antikapitalistischen Aktionseinheit aller linken Kräfte. Sie wurden mit großem Beifall von den Konferenzteilnehmern aufgenommen.

Leider waren unserer Einladung weder der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Brandenburg noch unsere Landtagsfraktion gefolgt.

Nach Abschluß der Diskussion wurden als Delegierte für den Landesparteitag gewählt:

Genossin Uta Hohlfeld

Genosse Klaus Curth

Genosse Reinhard Loeff

Genosse Herbert Schlomm.

Als Ersatzkandidaten wählte die Konferenz

Genossin Rosi Bleich und

Genossen Karl – Ernst Ehwald

Den neu gewählten Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg bilden

Genosse Klaus Curth

Genosse Karl – Ernst Ehwald

Genosse Bodo Hinkel

Genosse Gerd Knitter

Genosse Reinhard Loeff

Genosse Herbert Meißner

Genosse Helmut Pannhausen

Genosse Hans –Peter Schömmel

Genosse Ulrich Wunderlich

Zu ihren Sprechern benannten die gewählten Genossen

Genossen Klaus Curth

Genossen Bodo Hinkel

Genossen Herbert Meißner

Genossen Helmut Pannhausen

Die bisher im LKR tätigen Genossin Uta Hohlfeld und Genosse Michael

Bolz konnten aus persönlichen Gründen nicht mehr für den neuen Landes-

koordinierungsrat kandidieren.



## **Auszug aus dem Bericht des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg zur Landeswahlkonferenz am 03.12.2011:**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere letzte Landeswahlkonferenz vom Januar 2010 sollte ein Ausgangspunkt dafür sein, die Wirksamkeit der KPF im Interesse der Partei und der Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg weiter zu erhöhen.

Heute, wo wir einen neuen Landeskoordinierungsrat und die Delegierten der Kommunistinnen und Kommunisten des Landes Brandenburg für unseren bevorstehenden Landesparteitag wählen, möchte der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg Bilanz darüber ziehen, ob es uns gelungen ist, dieses selbst gesteckte Ziel zu erreichen.

In der zurückliegenden Wahlperiode wuchs die Zahl der KPF-Angehörigen in Brandenburg auf 121 von insgesamt 1.250 in der Linken organisierten Genossinnen und Genossen an.

Ja, auch wenn wir uns nicht an Zahlen berauschen wollen, so ist doch die zahlenmäßige Stärke der KPF innerhalb der Partei DIE LINKE eine wichtige Bedingung für die antikapitalistische, antifaschistische und friedensorientierte Ausrichtung unserer Partei.

Bereits auf unserer thematischen Landeskonferenz im Mai dieses Jahres hatten wir zwei Haupt- Betätigungsfelder unserer politischen Arbeit hervorgehoben.

Als erstes das aktive Mitwirken innerhalb der Partei. Die Menschen gewinnen kann nur eine starke, selbstbewusste, in sich gefestigte Partei mit einer klaren Zielstellung und einem überzeugenden Auftreten in den Fragen, die die Menschen täglich bewegen. Dabei haben wir in den zurückliegenden Monaten den Schwerpunkt vor allem darauf gelegt, uns stärker in die inhaltlichen Debatten und Positionierungen unserer Partei einzubringen.

Zum Zweiten eine effektive Öffentlichkeitsarbeit, die von vielen Menschen inner- und außerhalb der Partei wahrgenommen werden sollte, mit der wir möglichst viele Bürger erreichen wollten.

Wir hatten Euch berichtet, dass die Diskussion um die Inhalte des Entwurfs für das neue Programm unserer Partei im Zentrum der Arbeit des im Januar 2010 neu gewählten Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg stand.

Im Beschluß der Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform Brandenburg formulierten wir die Arbeitsschwerpunkte der KPF bis zum Erfurter Parteiparteitag. Darin nahm unser Einsatz für den Erhalt antikapitalistischer, antifaschistischer und klarer friedenspolitischer Grundlinien im neuen Parteiprogramm eine zentrale Position ein.

Inzwischen haben auf dem Erfurter Parteitag 503 Delegierte, das sind 96,6%, bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen für den von uns verteidigten Programmmentwurf gestimmt. An der auch von der KPF von Anbeginn befürworteten Grundlinie, die sowohl den ersten Entwurf vom März 2010 als auch den Leitantrag vom Juli dieses Jahres charakterisiert, hat sich substantiell nichts geändert.

Das beschlossene Parteiprogramm orientiert letztlich auf einen Systemwechsel – die Überwindung der Diktatur des Profits. Ebenso, wie die Reden der Protagonisten der LINKEN befaßte sich ein großer Teil der Debattenbeiträge und der mündlichen Antragsbegründungen mit den Schwerpunkten Friedenspolitik, Antifaschismus und mit dem Widerstand gegen Sozialkahlschlag und Umweltzerstörung. Der Gedanke des Internationalismus spielte eine größere Rolle als auf vorangegangenen Parteitagen.

Auf dem Parteitag in Erfurt wurden unter anderem auch Satzungsfragen behandelt, aus Zeitgründen nicht bis zu Ende. So blieben auch zwei Anträge aus dem Kreisverband Vogtland - Plauen unbehandelt, in welchen gefordert wird, den Zusammenschlüssen der Partei ihre Delegiertenmandate überhaupt zu nehmen, bzw. ihnen nur noch Delegierte mit beratender Stimme zuzubilligen. Die Zeit bis zum Parteitag in Göttingen am 2./3. Juni müssen wir gemeinsam mit anderen Zusammenschlüssen nutzen, um das zu verhindern.

In Göttingen wird der Vorstand neu gewählt. Wir werden uns an den sich schon jetzt breitmachenden Personalspekulationen nicht beteiligen, uns aber sehr wohl darauf einstellen, daß dies im nächsten halben Jahr eine nicht geringe Rolle spielen wird. Und es hat schon begonnen.

Es ist verantwortungslos, den Erfolg des Parteitages durch das Wiederauflebenlassen dieser Personaldebatte bereits einen Tag danach in Frage zu stellen. Es ist anderes zu tun. Eine erfolgreiche Urabstimmung über das Programm ist zu organisieren. Zur Teilnahme an den Occupy-Bewegungen ist zu mobilisieren. Unsere Mitwirkung an antifaschistischen Aktivitäten ist zu gewährleisten, nicht zuletzt am 18. Februar zur Verhinderung des Nazi-aufmarsches in Dresden. Die Luxemburg-Liebknecht-Ehrung ist vorzubereiten.

Arbeiten muß diese Partei und sich nicht erneut in Debatten zerreiben, in denen es um alles Mögliche geht, nur nicht um diejenigen, denen wir eine Hoffnung sein wollen und müssen.

Mit unserer ersten Stellungnahme zum Programmmentwurf konnten wir auch in Brandenburg wesentlichen Einfluß auf Verlauf und Inhalt der Programmdebatte nehmen. Es gelang uns damit, alle Mitglieder unserer Partei in Brandenburg über den Standpunkt der KPF zu informieren. Weiterhin konnten wir allen Interessierten die Positionsbestimmung erleichtern und die Teilnahme an der Programmdiskussion stimulieren. Damit hat die KPF wesentlich zum Zustandekommen eines eindeutig antikapitalistischen sozialistischen Parteiprogramms beigetragen.

In der Programmdebatte wurde unter anderem deutlich, dass unsere *Informationsblätter* für unsere Öffentlichkeitsarbeit und für unser Wirken innerhalb der Partei eine große Rolle spielen. Neben den durch die KPF auf Bundesebene herausgegebenen *Mitteilungen* der KPF haben sich in Brandenburg unsere *Informationsblätter* bewährt, um den Angehörigen der KPF Brandenburg Aktuelles zu vermitteln, die gegenseitige Kommunikation zu verbessern und gleichzeitig Genossinnen und Genossen in und außerhalb der KPF über unsere Aktivitäten und Standpunkte informieren.

Mit dem 4. Informationsblatt hatten wir Euch im Dezember 2010 die Stellungnahme der KPF Brandenburg zur Politik der Partei DIE LINKE in der Landesregierung und der Landtagsfraktion im Zeitraum 2009-2010 zur Kenntnis gegeben.

Ausgangspunkt dieser Stellungnahme waren Diskussionen in der Parteibasis zum Koalitionsvertrag.

Als LKR hatten wir dazu erklärt, daß wir als Kommunistinnen und Kommunisten einer Regierungsbeteiligung in einem kapitalistischen Staat grundsätzlich kritisch gegenüber stehen. Dennoch müssen wir akzeptieren dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger, die unserer Partei ihre Stimme gaben, der Partei DIE LINKE das Mandat erteilt haben, sich in ihrem Auftrag für mehr soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und mehr Demokratie einzusetzen und so auf eine Veränderung der Landespolitik, auf einen Politikwechsel gesetzt.

Inzwischen regiert im Land Brandenburg die einzige rot - rote Koalition Deutschlands. Das macht die Sache einerseits nicht einfacher, andererseits wächst damit die Verantwortung der Brandenburger Linken, die KPF eingeschlossen, praktische Erfahrungen in der Regierungsbeteiligung zu sammeln, um künftig Fehler vermeiden zu können.

Auf unserer Landeskonferenz vom Mai 2011 hatten wir berichtet, dass wir uns bislang vergeblich darum bemüht hatten, mit Genossin Kerstin Kaiser in einem persönlichen Gespräch weitere Aspekte unserer Stellungnahme zu diskutieren. Wir versprachen Euch, hartnäckig zu bleiben und auch künftig die linke Politik des Landesvorstandes und der Fraktion zu unterstützen und kritisch zu begleiten.

Das haben wir getan. Am 06. September 2011 verabredeten sich die vom LKR beauftragten Genossinnen und Genossen Uta Hohlfeld, Herbert Meißner und Bodo Hinkel mit Genossin Kaiser im Potsdamer Landtagsgebäude zu einem ersten Gespräch über die Tätigkeit der Linksfraktion im Brandenburger Landtag.

In dieser Beratung formulierten wir unsere Fragen zu folgenden ausgesuchten Schwerpunktproblemen:

1. Haltung unserer Fraktion zur CCS - Technologie

2. Haltung unserer Fraktion zur Arbeit der Enquete- Kommission und zu damit im Zusammenhang stehenden Geschichtsauffassungen
3. Position der Fraktion, insbesondere des Finanzministers zu Stellenkürzungen im Landesdienst, bei der Justiz und in anderen Bereichen
4. Unzureichende Öffentlichkeitsarbeit zur Verdeutlichung des Anteils linker Politik in der Landesregierung
5. Verfälschte Geschichtsvermittlung in den Schulen, insbesondere zur DDR

Die Antworten von Genossin Kaiser, deren Widergabe hier den Rahmen sprengen würde, stellten uns nur sehr bedingt zufrieden. Im Ergebnis dieses Gesprächs haben wir in einem Brief an Genossin Kaiser, an die Landtagsfraktion und den Landesvorstand unserer Partei die dringende Bitte geäußert, die Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger über die Wirksamkeit und Ausstrahlung unserer Partei in Brandenburg unbedingt zu verbessern.

Wir werden uns als Marxistinnen und Marxisten wieder zu Wort melden wenn es darum geht, zum Erfolg unserer Landtagsfraktion beizutragen, ihre Tätigkeit aber zugleich, wie das auch aus unserer schriftlichen Stellungnahme deutlich wird, kritisch zu begleiten. Dabei sollten unsere kritischen Fragen auch unserer Sorge um die Partei und ihre Wirkung in der Öffentlichkeit Ausdruck verleihen und nicht zuletzt wollten und wollen wir dazu beitragen, dass die Politik unserer Fraktion in der Basis besser verstanden wird.

Diese Notwendigkeit ergibt sich auch daraus, dass Genossin Kaiser, Genosse Markov und Genosse Christoffers unter anderem in dem von ihnen mit verfassten Artikel „Notwendige Erwiderung“, veröffentlicht im Neuen Deutschland am 30.07.2011, offen antikommunistische Positionen beziehen. In der Auseinandersetzung mit einem Kurzaufsatz des Genossen Oskar Lafontaine sind diese Genossen der Meinung, dass Zitat „Die heutige Realität durch den Vergleich mit dem Vergangenen diskreditiert wird“. Der Kapitalismus wird also nach Auffassung dieser Genossen durch einen Vergleich mit dem gewesenen Sozialismus diskreditiert. Diese Reaktion reiht sich ein in die Haltung unserer Landtagsfraktion zur DDR- Geschichte, zur Arbeit der Enquete- Kommission, zu Fragen des Stellenabbaus und anderen Problemen.

Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn Genossin Kaiser bestimmte Entscheidungen unseres Ministers Gen. Christoffers damit begründet, dass Gen. Christoffers all jene Industriezweige unterstützt, die Arbeitsplätze schaffen. Mit einer solchen Begründung wurde schon einmal der Ausbau der Rüstungsindustrie gerechtfertigt.

Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn unsere Landtagsfraktion davon ausgeht, dass nach 1990 endlich Demokratie und Freiheit für die Brandenburgerinnen und Brandenburger Wirklichkeit geworden seien.

Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn unsere Genossinnen und Genossen im Landtag es hinnehmen, daß unsere Kinder und Jugendlichen einerseits mit unsäglichen Lehrmitteln ein völlig verfälschtes Geschichtsbild von der DDR gezeichnet bekommen, und andererseits die Bundeswehr in den Schulen ein Podium erhält, von dem aus sie für ihre Kriegsziele werben darf.

Solche Haltungen führen bei zahlreichen Genossen der Basis und bei einem Großteil unserer Wähler zu Fragen, Zweifeln und schließlich zu Vertrauensverlusten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist das Ringen um das Zusammenführen aller antiimperialistischen Kräfte.

Es geht um die Aktionseinheit als dringendstes Gebot dieser Zeit, um politisch wirksam allen Erscheinungen der imperialistischen Systemkrise in großen Demonstrationen der Werktätigen dieses Landes und in parlamentarischen Initiativen entgegen treten zu können.

Für uns steht fest, Diskussionen über theoretische und pragmatische Grundfragen dürfen uns nicht daran hindern, in den aktuellen Tageskämpfen Gemeinsamkeit zu demonstrieren.

In diesem Sinne hat die KPF Brandenburg zahlreiche Aktivitäten entwickelt, von denen hier nur einige genannt sein können.

Als Erstes möchte ich die nun schon traditionelle Protestveranstaltung zum so genannten „Tag der Einheit“, dem 3. Oktober nennen, zu der ursprünglich die Initiative von unserer KPF ausging. Träger dieser Veranstaltung ist inzwischen das ostdeutsche Kuratorium von Verbänden, kurz genannt OKV.

Die Programmdebatte und insbesondere zahlreiche richtungsweisende Beiträge von Genossinnen und Genossen unserer Partei, unter anderem auch von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine machen deutlich, dass es richtig ist, zur Bewertung der aktuellen Klassenkampfsituation immer wieder auf die Grundsatzfragen der gesellschaftlichen Entwicklung zurück zu gehen, wie es Marx, Engels und Lenin getan haben.

Es ist richtig, die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt unserer programmatischen Überlegungen zu stellen. Noch vor kurzem wäre ein solches Herangehen als nicht zeitgemäß von zahlreichen Genossinnen und Genossen unserer Partei abgelehnt worden.

Heute sagen wir es in aller Deutlichkeit: Die Eigentumsfrage ist die Kernfrage, die Grundfrage der Bewegung.

Wir bekennen uns unumwunden zu der Einsicht, dass wir neu über das Thema Führungsrolle der Partei nachdenken müssen und darüber, in welcher Form sie unter den heutigen Bedingungen zu praktizieren wäre. In diesem Zusammenhang andere Parteien und Organisationen durch gute Ideen und Initiativen zum Handeln zu bewegen, das scheint uns ein sehr brauchbarer Weg zu sein.

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ unsere gemeinsam mit den Landesverbänden der KPD und der DKP organisierte Festveranstaltung zum 190. Geburtstag Friedrich Engels`, die im Dezember 2010 stattfand und über die wir bereits auf unserer Landeskonferenz im Mai diesen Jahres berichtet hatten.

Am 15. September dieses Jahres organisierten die Potsdamer KPF-Angehörigen unter Federführung unseres Genossen Helmut Pannhausen gemeinsam mit DKP, KPD, Rotfuchs, GBM und Marxistischem Forum eine hochinteressante Debatte mit dem Titel „Wie viel Marx ist im Programm?“.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass zahlreiche Genossinnen und Genossen der KPF Brandenburg in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Diskussionsforen auftraten, die auch über den Rahmen der Partei hinausgingen und damit öffentlichkeitswirksam wurden.

Ein weiteres Betätigungsfeld unserer KPF-Angehörigen ist die journalistische Arbeit. Dabei reichen die Aktivitäten von Presseveröffentlichungen in den *Mitteilungen*, im Rotfuchs und in den Tageszeitungen ND und Junge Welt bis zu Fachbüchern zu gesellschaftspolitischen und ökonomischen Themen.

Insbesondere mit derartigen Aktivitäten leistet die KPF einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung der Parteibasis und unserer Wähler. In einer Zeit der permanenten Geschichtsverfälschung und der klassenorientierten Ausrichtung des Bildungs- und Informationswesens erlangt die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die gesellschaftlichen Verhältnisse und über ihren Platz in dieser Gesellschaft durch DIE LINKE neue Dimensionen. Unter diesem Gesichtspunkt ist unter anderem auch die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der KPF Brandenburg zu sehen.

Einen wesentlichen Bestandteil dieser Öffentlichkeitsarbeit bildet die Mitarbeit unserer Genossinnen und Genossen in gesellschaftlichen Organisationen.

Für sehr wichtig halten wir auch die Teilnahme unserer Genossen an Aktionen gegen Neonazis.

Zu unserer Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Pflege internationaler Kontakte als fester Bestandteil unserer Tätigkeit. Wir sind Mitglied im Netzwerk der Europäischen Linken und beteiligen uns an der Umsetzung des 2006

abgeschlossenen Rahmenvertrages des „Ständigen Forums der Europäischen Linken in den Regionen.“ Dies ist ein Zusammenschluss von Strukturen fünf linker Parteien, die sich das Ziel gesetzt haben, innerhalb der Europäischen Linken auf regionalem Gebiet grenzübergreifend zusammenzuarbeiten.

Wenn wir über die Öffentlichkeitsarbeit der KPF reden, darf die Arbeit mit den *Mitteilungen* nicht unerwähnt bleiben.

Unsere *Mitteilungen* sind für Wirksamkeit und Ausstrahlung der KPF innerhalb der Partei und darüber hinaus unverzichtbar. Viele Genossinnen und Genossen nehmen die KPF vor allem über die *Mitteilungen* wahr.

Deshalb haben wir in den zurückliegenden Monaten erfolgreich darum gerungen, das Spendenaufkommen für die *Mitteilungen* zu erhöhen. Eines steht fest: Wenn wir wollen, dass die *Mitteilungen* erhalten bleiben, muß der Kampf um die Erhöhung der Spenden in allen Landesverbänden der KPF verstärkt werden, denn spätestens mit den Ausführungen des Bundesschatzmeisters auf der Beratung der Zusammenschlüsse am 24. September war klar, dass es für die Zusammenschlüsse innerhalb der Partei künftig weniger Geld geben wird.

Von 113 Brandenburger Postbeziehern und Lesern der *Mitteilungen* in Brandenburg sind bei einer erheblichen Anzahl überhaupt keine Spendeingänge zu verzeichnen.

Hier wird der LKR beraten, in welcher angemessenen Art und Weise diese Genossinnen und Genossen ermutigt werden können, sich an der Erhöhung des Spendenaufkommens für die *Mitteilungen* zu beteiligen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Ende der vor uns liegenden Wahlperiode werden die deutschen Bürgerinnen und Bürger einen neuen Bundestag wählen.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, wie man gute Wahlergebnisse erreichen kann, dann gibt es eine ganz entscheidende Antwort. Die Antwort lautet: Man muß Vertrauen aufbauen. Wir haben wie keine andere Partei die Aufgabe, Vertrauen aufzubauen und glaubwürdig zu sein.

Und führen wir uns auch vor Augen, liebe Genossinnen und Genossen, nimmt man die Wahlergebnisse für unsere Partei im Jahr 2011 in ihrer Gesamtheit, so läßt sich optimistisch einschätzen, dass es erstaunlich ist, dass wir uns trotz einer Hetze, die sich andere Parteien im Land schlicht nicht vorstellen können, letztlich behauptet haben. Das zeugt von Unverwechselbarkeit in Grundfragen und vom Vertrauen nicht weniger Menschen, dass DIE LINKE trotz all ihrer Unzulänglichkeiten, trotz eines beträchtlichen Maßes an Opportunismus eines Teils ihrer Protagonisten sich als einzige der in den Parlamenten vertretenen Parteien mit einer gehörigen Portion sozialer und friedenspolitischer Kompetenz für das einsetzt, wofür sie gewählt wurde.

Der Landeskoordinierungsrat schlägt vor, dass wir uns in diesem Sinne auf die in der kommenden Wahlperiode vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren.

Dabei stellen wir uns folgende Schwerpunkte:

- Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass die Urabstimmung über das in Erfurt angenommene Parteiprogramm zum Erfolg wird.
- Wir setzen aktiv die kritische Begleitung der Landespolitik der rot – roten Koalition fort und unterstützen außerparlamentarische antikapitalistische Aktionen im Zusammenwirken mit anderen linken Kräften. In all unserem Denken und Tun knüpfen wir dabei an die sozialen Erfahrungen der Menschen an, kümmern uns im Alltag um deren Probleme und Sorgen, regen Widerstand an und vergessen dabei nie, dass diese kapitalistische Ordnung überwunden werden muß, wenn die Zivilisation gerettet werden soll.
- In diesem Zusammenhang wollen wir verstärkt für die Vermittlung eines realistischen Geschichtsbildes, vor allem auch gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen kämpfen.
- Im Sinne der Information und Aufklärung setzen wir die Arbeit mit unseren Informationsblättern fort und qualifizieren Sie mit Hilfe unserer Leser.
- Wir intensivieren unsere Mitwirkung bei allen Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Partei
  - Zur aktiven Solidarität gegen jede Form von Kriegsführung und Ausbeutung in der ganzen Welt
  - Zur Solidarität mit sozial Benachteiligten
  - Zum Verbot der NPD und gleichartiger Parteien und Organisationen
  - Zum Kampf gegen Neofaschismus, Militarismus und Antisemitismus

Wir pflegen die internationale Zusammenarbeit, besonders im Rahmen des Ständigen Forums der Europäischen Linken.

Wir ringen um die weitere Stärkung der KPF und um die Erhöhung ihres Einflusses in der Partei Die Linke. Vor diesem Hintergrund intensivieren wir die politische Arbeit mit den *Mitteilungen* und unterstützen deren Finanzierung durch die systematische Organisierung eines erhöhten Spendenaufkommens.



## **Beschluss der Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg vom 03.12.2011:**

Wir nehmen zur Kenntnis, dass von einigen Landesverbänden der Partei, insbesondere Schleswig-Holstein, der Vorschlag gemacht wird, den für Anfang Juni 2012 geplanten Bundesparteitag deutlich vorzuziehen. In Verbindung damit steht der Vorschlag, die Parteivorsitzenden durch eine Mitgliederwahl zu bestellen.

Inzwischen hat sich auch der Vizefraktionschef Dietmar Bartsch diesem Vorschlag angeschlossen. (ND-Interview vom 30.11.2011, S. 6)

Wie die Landesvorstände der Partei in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bremen und Rheinland-Pfalz lehnen wir diese Vorschläge kategorisch ab. Unsere Gründe sind folgende:

1. Eine Vorverlegung des Parteitages würde die korrekte und demokratische Vorbereitung gefährden, weil die Zeit viel zu kurz wäre.
2. Statt den Erfolg von Erfurt zu festigen und die Partei auf ihre politischen Hauptaufgaben zu orientieren, würde solche Vorverlegung erneut zu weiterer Selbstbeschäftigung führen.
3. Diese negativen Aspekte werden durch die erneut begonnenen Personalspekulationen verstärkt.
4. Eine Mitgliederwahl der Parteivorsitzenden würde die satzungsgemäße Position des Parteitages als höchstes Gremium der Partei untergraben, statt seine Autorität zu festigen, die Verantwortlichkeit der Delegierten zu erhöhen und ihre Entscheidungsfreudigkeit zu steigern.
5. Eine Urwahl kurz nach der Mitgliederbefragung zum Programm würde bedeuten, sofort die gesamte Mitgliedschaft wieder mit innerparteilichen Problemen zu beschäftigen, statt sie auf die Umsetzung des Programms in politische Praxis zu orientieren.

Aus diesen Gründen lehnen wir die genannten Vorschläge ab und schlagen vor, dass sich der Brandenburger Parteivorstand der Partei DIE LINKE dieser Ablehnung durch einen beachtlichen Teil der Partei anschließt und die anderen Landesvorstände und den Bundesvorstand davon in Kenntnis setzt.

**Wichtige Termine:**

14.01.2012, ab 10.00 Uhr, URANIAHAUS, Berlin

XVII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

Weitere Info's unter: [www.rosa-luxemburg-konferenz.de](http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de)

15.01.2012, ab 10.00 Uhr, Berlin, Ehrenhain Friedrichsfelde

Demo und Luxemburg- Liebknecht- Ehrung

18.02.2012, ab früh in Dresden

Großdemonstration gegen Nazis und für Frieden

18.+19.02.2012, ab 10.00 Uhr, Blossin

Landesparteitag des LV Brandenburg der Partei Die Linke

08.03.2012, Internationaler Frauentag

01.05.2012, Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen

08.05.2012, Tag der Befreiung vom Faschismus

**... und zur Erinnerung:**

03.01.1876 Wilhelm Pieck geboren

12.02.1947 Erste Ausgabe „*Junge Welt*“ erschienen

11.03.1894 Otto Grotewohl geboren

16.04.1886 Ernst Thälmann geboren

21.04.1946 Vereinigung von SPD und KPD zur SED

22.04.1874 W. I. Lenin geboren

05.05.1818 Karl Marx geboren

01.06.2012 Internationaler Kindertag

30.06.1893 Walter Ulbricht geboren